

Mit Gesetzen gegen das Gärtchendenken von Privaten

Baumbestand Zürich braucht mehr Schatten. Doch derzeit werden in der Stadt mehr Bäume gefällt als üblich. Auch beim Baumschutz auf Privatgrund gibt es Widerstand.

Tina Fassbind

Dieser Tage sind vielerorts Ketten- sägen zu hören. Grün Stadt Zürich (GSZ) ist daran, absterbende oder brüchige Bäume zu entfernen. Diese Arbeiten finden immer im Winterhalbjahr während der Vegetationsruhe statt – also dann, wenn Pflanzen nicht oder kaum merklich wachsen.

250 bis 350 Bäume werden im Stadtraum von Zürich durchschnittlich pro Jahr gefällt und durch Jungbäume ersetzt. In diesem Jahr sind es sogar über 360. Es sind mehr als üblich, weil laut GSZ-Sprecherin Tanja Huber noch immer jene entfernt werden müssen, die durch Sturm Bernd und den extremen Schneefall von 2021 in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Das Timing könnte nicht schlechter sein, denn die Stadt hat es sich zum Ziel gesetzt, die schattenspendende Kronenfläche in Zürich bis ins Jahr 2050 von aktuell 15 auf 25 Prozent zu vergrössern. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen bis 2029 gesamthaft mehr Bäume gepflanzt werden, damit sie genügend Zeit haben, um ein ausladendes Blätterdach entwickeln zu können.

Mehr pflanzen als fällen

Schon jetzt ersetzt GSZ gefällte Bäume durch neue und pflanzt bei Projekten in öffentlichen Freiräumen nach Möglichkeit mehr Bäume, als bereits da waren. Auch Tiefbauarbeiten im Stadtraum weisen inzwischen meist eine positive Baumbilanz aus – es werden also mehr gepflanzt, als man für die Bauarbeiten fällen musste.

Abgesehen davon hat GSZ gemäss einem Auftrag von Stadt- und Gemeinderat seit 2021 im ganzen Stadtraum mehr als 1800 weitere Bäume gepflanzt. Wie Huber sagt, sind auch für 2024 gut 600 zusätzliche Pflanzungen vorgesehen.



Kein Mitspracherecht der Stadt: Baumschutz ist in privaten Gärten Privatsache. Foto: Boris Müller

Grün Stadt Zürich nutzt für diese Neupflanzungen vor allem unversiegelte Grünflächen. «Wir evaluieren nun weitere Standorte in Zusammenarbeit mit anderen Ämtern der Stadt», sagt Huber. Doch wie sehr sich die Stadt auch ins Zeug legt: Rund die Hälfte der beschatteten Flächen von Zürich befinden sich auf privatem Boden, und der Baumverlust ist dort grösser als auf öffentlichem Grund, da weniger Bäume nachgepflanzt werden.

Strengere Gesetze

Dass Bäume wichtig für die Biodiversität und das Stadtklima sind, ist laut Tanja Huber zwar «in breiten Teilen der Bevölkerung angekommen». Auch berät die Stadt bereits jetzt Grundstückbesitzerinnen und -besitzer bei der Planung und Pflege ihrer Gärten und unterstützt «das Erstellen ökologisch wert-

voller Flächen» auf Privatgrund mit einem einmaligen Beitrag.

«Der Hebel bei der Gesetzgebung für einen besseren Baumschutz liegt jedoch beim Kanton», sagt Tanja Huber. Beispielsweise könne das Einhalten eines Grenzabstandes das Nachpflanzen eines Baumes auf Privatgrund verunmöglichen, selbst wenn es eine Bereitschaft dazu gäbe, sagt die Sprecherin von Grün Stadt Zürich.

Derzeit werden die gesetzlichen Vorgaben im Kanton Zürich für einen besseren Baumschutz im Rahmen der Revision «Klimaangepasste Siedlungsentwicklung» politisch diskutiert. Die Vorlage, welche der Regierungsrat im Herbst 2022 an den Kantonsrat überwiesen hat, sieht eine Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes vor, damit gebietsweise der Erhalt von Bäumen, ihr Ersatz oder

eine Neupflanzung vorgeschrieben werden kann. Die Stadt werde die Ergebnisse dieser Diskussion abwarten und anschliessend beurteilen, ob auch die Vorgaben in der städtischen Bau- und Zonenordnung angepasst werden können, sagt Huber. Es wäre ein wichtiger Schritt für die gewünschte Erweiterung der Kronenfläche, sagt sie, «solche Massnahmen müssen aber auch praktikabel und praxisgerecht sein».

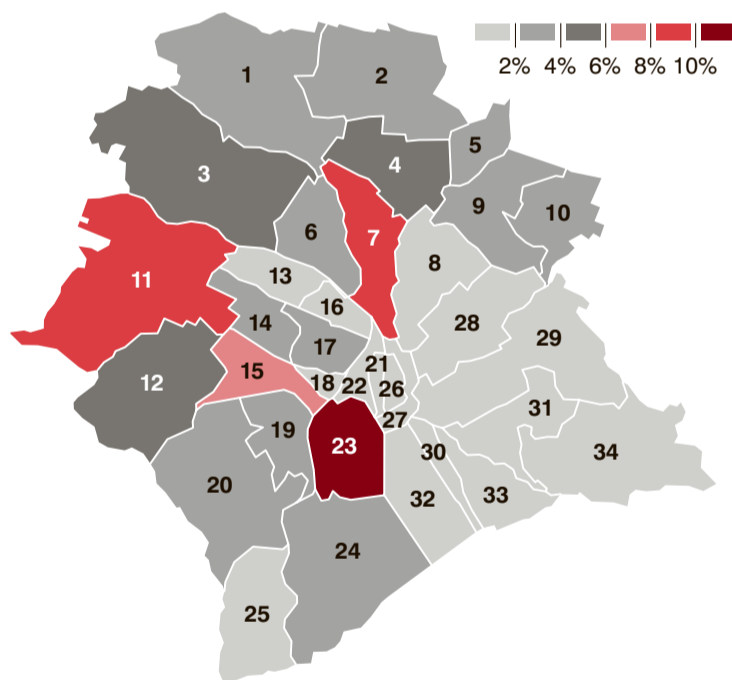
Hauseigentümer im Clinch

Albert Leiser, Direktor des Zürcher Hauseigentümerversandes (HEV), ist skeptisch. Er bezeichnet allein den Einsatz von Fördergeldern zum Baumschutz als «eine der schlechtesten Ideen überhaupt». Es sei nicht Aufgabe des Staats, mit Steuergeldern den Gartenbau von Privaten zu subventionieren, sagt er. Zudem sei dies eine Konkurrenz zur Wirtschaft, weil Gartenbauunternehmen so Einkünfte entgegen. Er sieht die Hauseigentümerschaft auch in einem Clinch, da es vonseiten der Stadt widersprüchliche Forderungen gebe: «Einerseits soll man verdichtet bauen, um mehr Wohnraum zu gewinnen, andererseits soll man dafür keine Bäume fällen. Was ist denn wichtiger: ein Baum oder Wohnungen?»

Leiser begrüsst den Schutz von Bäumen, man könne es aber auch übertreiben, sagt er. «Wenn nun gefordert wird, dass man für das Fällen eines Baumes ab einer gewissen Grösse eine Bewilligung braucht, dann wird der Baumschutz verbürokratisiert.» Wer ein Haus mit Garten habe, setze ohnehin nach Möglichkeiten Pflanzen und Bäume. Schliesslich wolle man auf dem Grundstück etwas Schatten und Grün haben, sagt er. «Der Staat muss sich da gar nicht einmischen. Die Eigentümerinnen und Eigentümer können sich sehr gut selbst um ihre Gärten kümmern.»

Baumersatzliste der Stadt Zürich: Wo am meisten abgeholzt wird

Wo 2023/24 Bäume entfernt und durch Jungbäume ersetzt werden, in % des gesamten geplanten Baumersatzes (knapp 450 Bäume)*



Grafik: sip, mrue / Quelle: Grün Stadt Zürich

Quartier	absolut	in %
1 Affoltern	17	3,8
2 Seebach	17	3,8
3 Höngg	21	4,7
4 Oerlikon	18	4,0
5 Saaten	12	2,7
6 Wipkingen	15	3,3
7 Unterstrass	41	9,1
8 Oberstrass	6	1,3
9 Schwamend.-Mitte	17	3,8
10 Hirzenbach	13	2,9
11 Altstetten	44	9,8
12 Albisrieden	22	4,9
13 Escher Wyss	2	0,4
14 Hard	10	2,2
15 Sihlfeld	33	7,3
16 Gewerbeschule	1	0,2
17 Langstrasse	10	2,2

Quartier	absolut	in %
18 Werd	4	0,9
19 Alt-Wiedikon	10	2,2
20 Friesenberg	11	2,4
21 Lindenhof	5	1,1
22 City	5	1,1
23 Enge	49	10,9
24 Wollishofen	14	3,1
25 Leimbach	2	0,4
26 Rathaus	2	0,4
27 Hochschulen	2	0,4
28 Fluntern	4	0,9
29 Hottingen	2	0,4
30 Mühlebach	1	0,2
31 Hirslanden	1	0,2
32 Seefeld	4	0,9
33 Weinegg	2	0,4
34 Witikon	3	0,7

* Ein Teil des Baumersatzes wird ausserhalb der Stadtgrenze, zum Beispiel in der ARA Glatt durchgeführt.

Zwei Tote und mehrere Verletzte nach Feuer in Wohnheim

Unglück in Uster In einer Einrichtung für geistig Beeinträchtigte hat es am Mittwochabend gebrannt.

Am Mittwoch kurz nach 21.30 Uhr ist bei der Kantonspolizei Zürich die Meldung über einen Brand im Werkheim Uster eingegangen, einer Einrichtung für kognitiv beeinträchtigte Menschen. Die Einsatzkräfte lokalisierten das Feuer in einer Wohngruppe und konnten den Brand rasch löschen, teilt die Polizei mit. Die im Gebäude anwesenden Personen wurden sofort evakuiert und betreut. Drei Bewohner, eine Bewohnerin und eine Betreuerin mussten mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung in Spitäler gebracht werden. Sie befinden sich ausser Lebensgefahr. Für eine 31-jährige Bewohnerin und einen 34-jährigen Bewohner aber kam jede Hilfe zu spät. Sie verloren beim Brand ihr Leben.

Die Wohngruppe sei derzeit nicht mehr bewohnbar, heisst es weiter. Die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner konnten

durch die Institution anderwertig untergebracht werden. Der Sachschaden beläuft sich nach ersten Schätzungen auf mehrere Hunderttausend Franken.

Die Trauer ist gross

Gestern Mittag ist bei der Einfahrt in die Einbahnstrasse zum Werkheim nichts Ungewöhnliches zu erkennen – zumindest auf den ersten Blick. Vor dem Empfang stehen einige Menschen, weder Polizei noch Feuerwehr sind in Sicht. Die Stimmung ist jedoch bedrückt. Hinter dem Empfangsgebäude sind die Spuren, die der Brand hinterlassen hat, aber deutlich erkennbar. Schwarze Russflecken bedecken die Fassade. Der Eingang zum Gebäude ist abgesperrt.

Das Medieninteresse am tragischen Vorfall ist am Tag danach gross – vor dem Gebäude tum-

eln sich mehrere Vertreter Zürcher Medienhäuser. Auf Nachfrage will sich das Werkheim zum Brand und dessen Folgen jedoch nicht äussern. Man verweist am Empfang an Geschäftsleiter Patrick Stark. Dieser teilt mit, die gesamte Kommunikation zum Brand im Wohnheim finde über die Medienstelle der Kantonspolizei statt.

Das Ereignis der vergangenen Nacht wiegt schwer. Die Mitarbeitenden sind kurz angebunden, bitten um Rücksichtnahme und Verständnis für die Umstände. Die Trauer der Beteiligten ist spürbar. Ein Bewohner eines Studios, das zum Werkheim gehört, hat am Abend des Brandvorfalls das Grossaufgebot mitbekommen. Den verstorbenen Bewohner habe er gekannt, mit ihm rund 15 Jahre gemeinsam im Werkheim gearbeitet. «Er war ein lustiger

und ruhiger Typ», erzählt er. Man kenne sich mit der Zeit gut, entsprechend sei der Vorfall für ihn schockierend.

Inwiefern der Vorfall einen Einfluss auf den Betrieb des Werkheims und dessen zusätzliche Standbeine und Serviceleistungen hat, bleibt auch nach einer erneuten, schriftlichen Anfrage unkommentiert.

Wichtiger Teil der Stadt

Das Werkheim betreibt einen Laden an der Apothekerstrasse und unterhält mehrere eigene Gastronomiebetriebe. Am Montag ist die Eröffnung des neuen Selbstbedienungsrestaurants «8610 im Mehrwerk» geplant. Ob nun der Brand im Wohnheim einen Einfluss auf die Neueröffnung im Loren-Quartier hat, ist unklar.

Das Werkheim und seine Betriebe seien ein wichtiger Teil der

Stadt, sagt die Ustermer Stadtpräsidentin Barbara Thalmann der NZZ. Der Brand mit den zwei Todesfällen sei nicht nur für das Heim, sondern auch für die Stadtbevölkerung erschütternd. «Das ist eine Tragödie», sagt Thalmann. Sie sichert dem Heim die Unterstützung der Stadt Uster zu. «Meine Gedanken sind bei den Betroffenen, den Bewohnenden und den Mitarbeitenden des Werkheims», sagt Thalmann. Sie selbst gehört dem Stiftungsrat der Institution an.

Die genaue Brandursache ist noch nicht bekannt. Ein Polizeisprecher spricht von «menschlichem Einfluss», ohne allerdings konkreter zu werden. Im Ustermer Heim leben und arbeiten über 280 Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung. Einige wohnen in Gruppen, andere allein oder zu zweit.

Die Brandursache wird von Spezialisten des Brandermittlungsdienstes der Kantonspolizei in Zusammenarbeit mit dem Forensischen Institut Zürich und der Staatsanwaltschaft untersucht.

Grossaufgebot vor Ort

Neben der Kantonspolizei standen auch die Stadtpolizei Uster, das Forensische Institut Zürich, die Stützpunktfeuerwehr Uster, Schutz & Rettung Zürich, ein Notarzt der Regio 144, Rettungswagen des Rettungsdienstes Winterthur und der Spitäler Männedorf, Uster, Bülach und Lachen, ein Notfallseelsorger, eine Vertreterin der Abteilung Sicherheit der Stadt Uster, der Statthalter von Uster sowie die Staatsanwaltschaft im Einsatz.

Marie Fredericq und Pascal Unternährer